



*Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,*

Die notwendige Anzahl für das Bürgerbegehren ist erreicht! Das ist ein toller, gemeinsamer Erfolg unserer Anstrengungen. Zugleich wird dadurch deutlich, wie sehr die Menschen eine Verbesserung der Radinfrastruktur wollen!

Dennoch: Bei der Ratssitzung am Donnerstag (16. Dez.) werden CDU und Grüne das Begehren des Radentscheids ablehnen. Sie wollen zugleich den Menschen Sand in die Augen streuen, in dem sie behaupten, sie wären für das (bessere) Rungekonzept. Da sie aber noch „Beratungsbedarf“ haben und bereits angekündigt haben, dass dieses Konzept unverbindlich bleiben soll, ist das Versprechen nichts wert! In Wirklichkeit wollen Sie die Forderungen des Radentscheids verhindern, um dann im Wesentlichen so weiter zu machen, wie in der Vergangenheit.

**Eine wirkliche Verbesserung der Radinfrastruktur gibt es nur mit dem Radentscheid. Erhält er eine Mehrheit, sind die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen verbindlich und können auch vom Rat nicht mehr außer Kraft gesetzt werden!**

**Die Bürger:innen müssen jetzt entscheiden, damit es vorangeht mit Verbesserungen für Radfahrer:innen!**

Im Januar beginnt also eine neue Etappe unseres Kampfes für eine bessere Radweginfrastruktur in Kaarst. Voraussichtlich am 13. März wird es zu einem Bürgerentscheid kommen, zu dem alle Wahlberechtigten an die Wahlurne gerufen werden. Dabei müssen wir eine Wahlbeteiligung von mind. 20 Prozent und eine Mehrheit der Ja-Stimmen erreichen.

In den nächsten Wochen können wir uns alle noch etwas erholen, im Januar geht es dann los. Wir wollen zeigen, dass die Bürger:innen in Kaarst weiter sind als Mehrheit im Rat.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Kindsmüller

P.S.: Die nächste Ausgabe am 19. Dez. informiert über den Verlauf der Ratssitzung.

## Warum befasst sich der Rat jetzt bereits mit dem Bürgerbegehren?

Wir hatten die Verwaltung schriftlich darüber informiert, dass wir auch nach Erreichen der notwendigen Unterstützungsunterschriften weitersammeln wollen. Dieser Wunsch ist ignoriert worden. Die Bürgermeisterin hat entschieden, dass die Behandlung des Bürgerbegehrens auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 16. Dezember kommt, da die notwendigen Unterschriften beigebracht wurden. Nun wird der Rat erstens über die Zulässigkeit entscheiden. Dies ist ein rein formaler Akt, nachdem die Verwaltung festgestellt hat, dass die notwendige Zahl der gültigen Unterschriften eingereicht worden ist. Zweitens wird der Rat inhaltlich über das Begehren entscheiden. Die Bürgermeisterin hat in einer Entscheidungsvorlage an den Rat empfohlen das Bürgerbegehren abzulehnen und die Vorschläge des Runge-Konzepts „zur Kenntnis“ zu nehmen.

## Wie viele gültige Unterschriften hat das Bürgerbegehren?

Insgesamt haben wir der Verwaltung 2.929 Unterschriften vorgelegt. Davon, so steht es in der Ratsvorlage, seien 321 ungültig gewesen. Insgesamt wurden also 2.608 Unterschriften als gültig gewertet. Um die Zulässigkeit zu erreichen, wären 2.449 Unterschriften ausreichend gewesen. Viele Unterschriften, die noch in den vergangenen Wochen gesammelt wurden, konnten aufgrund der Entscheidung der Verwaltung nicht mehr eingereicht und gewertet werden.

## Der Entscheidungsvorschlag der Bürgermeisterin

Für die Sitzung am Do., 16. Dezember hat die Bürgermeisterin dem Rat empfohlen, die Maßnahmen des Bürgerbegehrens Radentscheid abzulehnen. Zugleich schlägt sie vor, das Fahrradkonzept von Runge (s. Newsletter 8/2021) „zur Kenntnis“ zu nehmen.

CDU und Grüne haben in einem Gespräch mit dem Lenkungskreis von „Kaarster for Future“ erklärt, dass sie die Forderungen des Bürgerbegehrens ablehnen werden. Sie favorisieren das Runge-Konzept. Über dieses kann der Rat erst frühestens im April 2022 abstimmen, also nach dem Bürgerentscheid.

## Warum ist das Runge-Konzept keine Alternative zum Radentscheid?

Die beiden Konzepte haben viele inhaltliche Gemeinsamkeiten. Unsere Forderungen gehen aber im Detail weiter, fordert zudem eine regelmäßige Instandsetzung und Reinigung der Radwege sowie die Einrichtung eines hauptamtlichen Fahrradbeauftragten.

**Der entscheidende Unterschied aber:** Wenn der Bürgerentscheid erfolgreich ist, dann sind die Einzelmaßnahmen verbindlich umzusetzen! So sieht es das Gesetz vor. CDU und Grüne haben bisher nicht entschieden, welche Maßnahmen des Rungekonzepts angenommen werden sollen. Das wird erst nach dem Bürgerentscheid erfolgen. Einige wichtige Vorschläge wurden in den bisherigen Beratungen aber bereits kritisch kommentiert: Die Umwidmung der Erftstraße zur Fahrradstraße, Schutzstreifen an der Girmes-Kreuz-Straße, Tempo-30-Zonen, etc.

**Der entscheidende Unterschied:** Das Runge-Konzept soll nach dem Willen von CDU und Grünen unverbindlich bleiben. Während bei einem erfolgreichen Bürgerentscheid die Einzelforderungen umgesetzt werden und in den nächsten sechs Jahren Haushaltsmittel von 2,7 Mio. eingeplant werden müssen, bleibt ungewiss, was vom Runge-Konzept wann und wie umgesetzt wird. Vertreter der beiden Parteien haben uns erklärt, dass sie eine Umsetzung der Vorschläge nur im Rahmen des finanziell Möglichen vorhaben. Und wir wissen doch, die Stadt hat für alles Geld, nur nicht für Radwege!

## Stadtrat stellt 295.000 € für 8 Parkplätze zur Verfügung

Für die Errichtung von 8 neuen Parkplätzen an der Alten Heerstraße wird der Stadtrat im nächsten Jahr 295.000 € (Sachkonto 78521000) zur Verfügung stellen. Der Betrag entspricht etwa den Mitteln, die in den Jahren 2020 und 2021 in Kaarst für die Radverkehrsinfrastruktur zur Verfügung standen. Man muss ja Prioritäten setzen!

## Haushaltsberatungen zum Radverkehr

In der Ratssitzung am 16. Dez. wird der Rat auch den Haushalt für 2022 beschließen. In den Vorberatungen im Ausschuss ging es auch um die Mittel für die Fahrradinfrastruktur. Bisher waren 200.000 € eingeplant, die aber für die nächsten Jahre durch die Sanierung (teilweise von Wirtschaftswegen) schon verplant sind. Die SPD hatte eine Aufstockung auf 350.000 € beantragt, um die Infrastruktur ausbauen zu können. CDU, Grüne und FDP haben dies abgelehnt und stattdessen mickrige 30.000 € zusätzlich eingestellt. Damit wird deutlich, was von dem Versprechen zu

halten ist, man wolle die Situation des Fahrradverkehrs verbessern.

Auch ein SPD-Antrag 5.000 € für mehr Fahrradständer im Stadtgebiet wurde mit der Mehrheit von CDU und Grünen abgelehnt.

## Wo kann ich mich über die Vorlagen für die Ratssitzung informieren?

Das Bürgerbegehren wird am Do., den 16. Dez. in der letzten Ratssitzung des Jahres unter dem Tagesordnungspunkt 4 behandelt. Die Sitzung beginnt um 18.00 Uhr im Albert-Einstein-Forum (AEF) und ist öffentlich. Zugleich wird die Sitzung im Internet gestreamt. Der Link wird einige Tage davor auf der Homepage der Stadt unter [www.kaarst.de](http://www.kaarst.de) zu finden sein.

Die Beratungsunterlagen zum TOP 4 findet ihr unter: [https://ris-kaarst.itk-rheinland.de/sessionnetkaabi/si0057.asp?\\_\\_ksinr=4902](https://ris-kaarst.itk-rheinland.de/sessionnetkaabi/si0057.asp?__ksinr=4902)

## Bürgerentscheid kostet Geld! - Bitte spendet!

Vor uns steht im nächsten Jahr eine harte Auseinandersetzung. Wir müssen die Bürger:innen mobilisieren, damit diese an der Abstimmung über den Radentscheid teilnehmen und unseren Forderungen zustimmen.

Dafür werden wir eine professionelle Kampagne organisieren. Plakate, Flyer, Werbung auf den Social Media-Kanälen und Veranstaltungen werden mehrere tausend Euro kosten. **Bitte helft mit einer Spende, damit wir unser Ziel erreichen: eine bessere Fahrradinfrastruktur in Kaarst! - Ohne einen erfolgreichen Bürgerentscheid wird sich nichts Wesentlichen ändern.**



**Scannen. Zahlen. Fertig!**

Inhaltlich verantwortlich: Werner Kindsmüller

M: [kindsmueller@radentscheid-kaarst.de](mailto:kindsmueller@radentscheid-kaarst.de)

T: 0151-2880 4294

Y: Postfach 101 201, 41544 Kaarst

W: [www.radentscheid-kaarst.de](http://www.radentscheid-kaarst.de)

F: <https://www.facebook.com/kaarsterforfuture>